

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des
Beirates für Migration und Integration am 28.04.2010 im großen Sitzungssaal
der Kreisverwaltung Bad Kreuznach

Vorsitzende: Frau Imihan Kiziltoprak

Schriftführerin: Frau Jung

Beginn der Sitzung: 17.00 Uhr

Ende der Sitzung: 18.35 Uhr

Anwesend waren:

Pick, Siegfried
Gencer, Halil Ibrahim
Simsek, Leyla
Kunz, Burkhard
Messer, Klaus
Khademi, Mohammad
Meiborg, Raimond
Kutsalcan, Mehmet
Gins, Norita
Novytska-Heinz, Tamara
Can, Erdogan

Entschuldigt fehlten:

Kural, Abdullah
Dröscher, Peter Wilhelm
Scherbel, Andreas

Von der Verwaltung nahmen teil:

Herr **Skär** (Hauptamt)
Frau **Jung** (Hauptamt)

Die Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden zu der heutigen Sitzung des Beirates für Migration und Integration.

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass mit Schreiben vom 16.04.2010 form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Im Folgenden gibt die Vorsitzende den Mitgliedern Gelegenheit Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge bzw. sonstige Wünsche oder Anfragen bezüglich der Tagesordnung vorzubringen. Es liegen jedoch keine Wortmeldungen vor.

Der Beirat für Migration und Integration erhebt keine Einwände gegen die mit Schreiben vom 16.04.2010 mitgeteilte Tagesordnung.

Weiter gibt Frau Kiziltoprak den Beiratsmitgliedern Gelegenheit Änderungen oder Ergänzungswünsche zum Protokoll der Sitzung vom 24.03.2010 vorzubringen. Der Beirat erhebt keine Einwände zu dem übersandten Protokoll.

TAGESORDNUNG:

I. Öffentliche Sitzung

1. Geschäftsordnung für den Beirat
2. Integrationskonzept für den Landkreis Bad Kreuznach
3. Erweiterung der Residenzpflicht für Asylsuchende und Geduldete
4. Ideen und Themen für die Interkulturellen Wochen im Landkreis Bad Kreuznach (04.09. – 03.10.2010)
5. Bericht über die Sitzung des Arbeitskreises "Armutserbericht" für den Landkreis Bad Kreuznach (Herr Messer)
6. Mitarbeit in weiteren Ausschüssen (Ergebnisse der Nachfrage bei der AGARP – Herr Kunz)
7. Verschiedenes

I. Öffentliche Sitzung

TOP 1 Geschäftsordnung für den Beirat

Die Vorsitzende leitet in den Tagesordnungspunkt ein und übergibt das Wort an Herrn Messer.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Klaus Messer:

Herr Messer teilt mit, dass der Beirat für Migration und Integration der Stadt Bad Kreuznach eine eigene Geschäftsordnung beschlossen hat. Diese habe er als Muster mitgebracht.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Siegfried Pick:

Herr Pick äußert die Meinung, dass der Beirat des Landkreises keine eigene Geschäftsordnung benötige.

Mitteilung des Herrn Skär, Kreisverwaltung Bad Kreuznach:

Herr Skär teilt mit, dass der Kreistag eine Geschäftsordnung beschlossen hat. Diese gilt auch, soweit keine eigene beschlossen wird, für die Ausschüsse und Beiräte des Landkreises Bad Kreuznach.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Burkhard Kunz:

Herr Kunz schließt sich dem Beitrag des Herrn Pick an. Er sieht zum jetzigen Zeitpunkt keine Notwendigkeit, eine gesonderte Geschäftsordnung zu beschließen.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Mohammad Khademi:

Herr Khademi schlägt vor, die Muster-Geschäftsordnung den Mitgliedern zu übersenden, damit sich diese einlesen und in der nächsten Sitzung darüber abstimmen können.

Die Geschäftsordnung des Beirates für Migration und Integration der Stadt Bad Kreuznach wird als **Anlage 1** der Niederschrift beigefügt.

Auf mehrfachen Wunsch wird der Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung vertagt. Dann soll beschlossen werden, ob eine eigene Geschäftsordnung wünschenswert ist.

TOP 2 Integrationskonzept für den Landkreis Bad Kreuznach

Auf Nachfrage von Frau Kiziltoprak gibt Herr Pick bekannt, dass er von keinem erarbeiteten Integrationskonzept der alten Beiräte des Landkreises wisse. Er schlägt vor, mit der ausgeschiedenen Integrationsbeauftragten, Frau Chòez de Weber, Kontakt aufzunehmen.

Die Vorsitzende stellt die Frage in den Raum, ob der Beirat ein Integrationskonzept brauche.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Tamara Novytska-Heinz:

Frau Novytska-Heinz berichtet von Flugblättern, die von der NPD ausgeteilt wurden. Sie ist der Meinung, dass auch dieses Thema Bestandteil eines Integrationskonzeptes sein könnte.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Siegfried Pick:

Herr Pick vermutet, dass die Flugblätter eine Gegenaktion auf den Beschluss des Kreistages zur „Save-Me-Kampagne“ sind. Er ist der Meinung, dass es richtig war, auf diese Flugblätter nicht zu reagieren und man andere Wege für ein Werben für weitere Zuwanderungen finden müsse. Der Beirat sollte sich in den kommenden Sitzungen jedoch mit dem Thema „Rechtsextremismus“ auseinandersetzen.

Mitteilung des Herrn Skär, Kreisverwaltung Bad Kreuznach:

Herr Skär teilt mit, dass der Landrat bezüglich der „Save-Me-Kampagne“ der „Neuen Kreuznacher Zeitung“ eine positive Stellungnahme abgegeben hat.

Den Artikel vom 29.04.2010 der „Neuen Kreuznacher Zeitung“ wird der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

Auf Nachfrage des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) teilte der Landrat folgendes mit:

„... Auch ich sehe, die Entwicklung der Rechtsradikalen Szene mit großer Besorgnis und fordere immer wieder alle demokratischen Kräfte auf, diese Entwicklung entgegen zuwirken.

.... Landkreis und Stadt Bad Kreuznach sind eingebunden mit einem lokalen Aktionsplan in das Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt und Demokratie“. Aus diesem Programm fließen ... an Fördergelder in die Stadt und den Landkreis, die vor Ort für Einzelprojekte eingesetzt werden.

... In dem Beratungsnetzwerk gegen „Rechtsextremismus“ in Rheinland-Pfalz hält der Landkreis Kontakt zum Landesjugendamt. Die Mitarbeiter des Beratungsnetzwerkes bieten bei Bedarf in den Räumen unserer Verwaltung Beratungen für Jugendliche und Eltern an, um auf die Gefahren des Rechtsextremismus aufmerksam zu machen und insbesondere beim Ausstieg aus der Szene behilflich zu sein.

Das Flugblatt der NPD war auch Gegenstand einer intensiven Beratung in der letzten Sitzung unseres Migrationsbeirates. Nach einer sehr ausführlichen Diskussion war der Beirat übereinstimmend der Auffassung, auf das Flugblatt nicht zu reagieren, um die Aussagen dieser „ewig Gestrigen“ nicht noch aufzuwerten.

Anschließend darf ich Ihnen versichern, das wir die Entwicklung sehr sorgfältig beobachten und gemeinsam dem Rechten Populismus entgegentreten werden.“

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Burkhard Kunz:

Herr Kunz bittet darum, wieder zurück zum Konzept für die Interkulturellen Wochen zu kommen.

Er schlägt vor, die Interkulturellen Wochen im September zu nutzen, um Befragungen der Bürgerinnen und Bürger durchzuführen und danach konzeptionell in das Thema Integrationskonzept einzusteigen.

Frau Kiziltoprak erfragt, ob die Mitglieder ein Integrationskonzept überhaupt für notwendig halten. Erarbeiten könne man es zu einem späteren Zeitpunkt.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Siegfried Pick:

Herr Pick hält ein Integrationskonzept, obwohl es aufwendig sein kann, für wünschenswert. Er stimmt Herrn Kunz zu, es sei eine gute Idee, Punkte zu sammeln. Es sollte sich auch in einem Art Workshop mit dem von Frau Novytska-Heinz angesprochenen Thema „Rechtsextremismus“ auseinandergesetzt werden.

Die Vorsitzende fasst zusammen, dass es allgemein wünschenswert sei, ein solches Konzept im Laufe der Legislaturperiode des Beirates zu erstellen.

TOP 3 Erweiterung der Residenzpflicht für Asylsuchende und Geduldete

Frau Kiziltoprak übergibt das Wort an Herrn Pick. Dieser teilt eine gefertigte Beschlussvorlage bezüglich der Residenzpflicht für Asylsuchende und Geduldete aus und erläutert diese.

Herr Pick gibt zur Kenntnis, dass das Asylverfahrensgesetz den Asylbewerbern und geduldeten Flüchtlingen das Verlassen des Residenzpflichtbezirks (im Bereich des Regierungsbezirks Koblenz) ohne Genehmigung der Ausländerbehörde verbietet. Die Ausländerbehörden erlauben das Verlassen meist nur aus wichtigen Gründen, wofür im Kreis Bad Kreuznach eine Gebühr von 10,00 € verlangt wird. Es drohe eine Geldstrafe, wenn Asylbewerber ohne Erlaubnis außerhalb des erlaubten Bereichs angetroffen werden, bei Wiederholung auch eine Haftstrafe. Asylsuchende und Geduldete leben in der Regel von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und können davon die Gebühren oft nicht bezahlen.

Er gibt weiter an, dass es andere Landkreise gäbe, die keine Gebühren für eine solche Erlaubnis erheben.

Aus seiner Sicht sei es nicht angemessen, Flüchtlinge in ihrer Freiheit zu begrenzen.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Mohammad Khademi:

Herr Khademi bestätigt die Meinung von Herrn Pick. Jeder, der integriert werden soll, müsse das Land kennen lernen.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Klaus Messer:

Es sollten die Fraktionsvorsitzenden der Parteien in dieses Thema mit eingebunden werden, dies führe zu einem größeren Erfolg, schlägt Herr Messer vor.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Raimond Meiborg:

Herr Meiborg unterstützt diesen Antrag aus Sicht der Arbeitsvermittlung. Dieses Vorgehen hindere die Flexibilität von Menschen mit Migrationshintergrund, da die Personen, die dem Asylbewerberleistungsgesetz unterliegen und über dieses Gesetz Geld erhalten, beim Arbeitslosengeld II landen. Diese können jedoch meist nicht vermittelt werden, da sie örtlich gebunden sind.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Siegfried Pick:

Herr Pick bittet die Verwaltung darum, das Thema Gebühren mit dem Leiter der Ausländerbehörde zu kommunizieren. Sollte keine Lösung gefunden werden, schlägt er vor, den Beschluss über die Ausschüsse an den Kreistag weiterzugeben.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Tamara Novytska-Heinz:

Frau Novytska-Heinz ist der Meinung, dass Reisen in andere Regionen nicht immer notwendig sind, da viele Leistungen, wie z. B. Übersetzungen, auch in unserer Region erledigt werden können.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Raimond Meiborg:

Herr Meiborg gibt zu bedenken, dass es einen betriebswirtschaftlichen Sinn mache, die Personen zu unterstützen, indem diese Reise-Regelung aufgehoben wird, da sie dann schneller auf dem Arbeitsmarkt vermittelt werden können und so in die Sozialkassen einzahlen. Dies würde den Kreis entlasten können - unter anderem bei der Zahlung der KDU (Kosten der Unterkunft).

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Burkhard Kunz:

Aus Sicht des Herrn Kunz wird es erwartet, dass die Asylsuchenden und Geduldeten mobil sind, andererseits wird dies durch die bestehende Regelung verhindert.

Mitteilung des Herrn Skär, Kreisverwaltung Bad Kreuznach:

Herr Skär bittet darum, bei der Abstimmung den Punkt 4. mit folgenden Wortlaut zu ergänzen, da er sich nicht sicher sei, ob Vorschriften bezüglich der Erhebung dieser Verwaltungsgebühr bestehen:

„.....zum Verlassen des Bereichs erhoben werden, soweit keine verwaltungs- oder gebührenrechtlichen Vorschriften entgegenstehen.“

Herr Pick teilt mit, dass Punkt 4. der Beschlussvorlage gerne durch diese Ergänzung erweitert werden kann.

Die Vorsitzende bittet die Beiratsmitglieder über die Beschlussvorlage, einschließlich der Ergänzung, abzustimmen.

Der Beirat für Migration und Integration stimmt dem folgenden Antrag **einstimmig** zu.

„1. Der Beirat für Migration und Integration des Landkreises Bad Kreuznach wendet sich gegen die Regelung einer „Residenzpflicht“ für Asylsuchende und Geduldete, die sich erlaubt nur im Bereich des Regierungsbezirks Koblenz bewegen dürfen. Er wendet sich gegen die Praxis der Kreisverwaltung, für die Erlaubnis zum Verlassen des Bereichs eine Gebühr zu erheben.

2. Der Beirat für Migration und Integration bittet den Kreistag, sich für die Abschaffung der Residenzpflicht durch Streichung der §§56 und 85 Asylverfahrensgesetz einzusetzen, indem die Landesregierung von Rheinland-Pfalz gebeten wird, über eine Bundesratsinitiative die Gesetzesänderung anzustreben.

3. Die Landesregierung wird gebeten, bis zur gesetzlichen Regelung durch eine Änderung der Landesverordnung zur Durchführung des Asylverfahrensgesetzes vom 14.12.1999 die Reisepflicht auf das gesamte Bundesland zu erweitern.

4. Der Kreistag möge beschließen, dass künftig keine Gebühren für die Erlaubnis zum Verlassen des Bereichs erhoben werden, soweit keine verwaltungs- oder gebührenrechtliche Vorschriften entgegenstehen.“

Anmerkung zum Protokoll:

Nach Aussage des Herrn Gillmann, Referatsleiter der Ausländerbehörde, **sind** für die Erlaubnis zum Verlassen des zugewiesenen Aufenthaltsbezirks gemäß § 47 Abs. 1 Nr. 9 Aufenthaltsverordnung Gebühren zu erheben. Diese betragen 10,00 €. In begründeten Ausnahmefällen könne jedoch darauf verzichtet werden, dies wird auch jetzt bereits so gehandhabt. Eine generelle Befreiung ist jedoch aus oben genannten Gründen nicht möglich.

In der nächsten Sitzung sollte daher über diesen Teil des Beschlusses erneut beraten werden.

TOP 4 Ideen und Themen für die Interkulturellen Wochen im Landkreis Bad Kreuznach (04.09. – 03.10.2010)

Frau Kiziltoprak leitet in den Tagesordnungspunkt ein.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Burkhard Kunz:

Von Herrn Kunz wird vorgeschlagen, Bedarfe, Bedürfnisse, Wünsche und Interessen der Menschen bei den Interkulturellen Wochen zu sammeln und diese danach zu Schwerpunktthemen des Beirates zu erklären. Die Bedarfe/Bedürfnisse sollen durch Fragebögen erfasst werden.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Siegfried Pick:

Herr Pick ist der Auffassung, dass sich der Beirat mit einem Infostand an den Interkulturellen Wochen beteiligen sollte, um die Bedürfnisse der Menschen abzufragen. Anschließend könne in der 2. Hälfte des Septembers eine Veranstaltung organisiert werden, beispielsweise in den Räumen der Kreisverwaltung, in der, auch z. B. mit den Fraktionen des Kreistages, beraten werden kann, welche konkreten Themen in den nächsten Jahren angepackt bzw. realisiert werden können.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Burkhard Kunz:

Als vernünftige Basis könnten für eine solche Marktforschung die Interkulturellen Wochen genutzt werden. Es sollten die entsprechenden Wünsche und Interessen, nicht nur von den Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch der einheimischen Bevölkerung einbezogen werden.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Halil Ibrahim Gencer:

Aus Sicht des Herrn Gencer sollten bestehende Ideen und Wünsche bereits analysiert und zusammengetragen werden.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Tamara Novytska-Heinz:

Frau Novytska-Heinz schlägt vor, das Thema „Kriminalität“ für die Interkulturellen Wochen zu verwenden.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Siegfried Pick:

Das allgemeine Thema „Kriminalität“ bei den Interkulturellen Wochen als Schwerpunkt zu nehmen, findet Herr Pick nicht so gut. Er fände es allerdings spannend, sich über das Thema „Migration und Straftaten“ mit der Polizei zusammen in einer Sitzung auszutauschen. Bevor dieses Thema jedoch in einer öffentlichen Sitzung erörtert wird, sollten erst Informationen eingeholt werden. Für die Interkulturellen Wochen sollten positive Themen genutzt werden, da es um ein Werben für Integration ginge.

Aus seiner Sicht sollte innerhalb des Beirates ein Austausch stattfinden, als Grundlage für solch einen Prozess. Dies schlägt er für die nächste Sitzung vor. Hierbei sollte u. a. geklärt werden, was es im Landkreis Bad Kreuznach an gelungenen Projekten gibt bzw. wo noch Bedarfe zu sehen sind.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Raimond Meiborg:

Herr Meiborg hält es für eine gute Idee, keine Vorgaben zu machen und definitiv das herauszufiltern, was die deutsche und migrantische Bevölkerung denkt, da so das Ergebnis klarer sei.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Burkhard Kunz:

Herr Kunz bittet darum, bei den Themen zwischen den Interkulturellen Wochen und den eigenen Erfahrungen, Austausch innerhalb des Beirates, zu unterscheiden.

Die Interkulturellen Wochen sollten dazu genutzt werden, um den Kontakt mit den Menschen zu suchen, die Arbeit transparenter zu machen, aber auch um sehr stark Marktforschung zu betreiben. Weiter sollten die unterschiedlichsten Gruppierungen nach ihren Wünschen und Interessen befragt und die Möglichkeit zum Gedankenaustausch gegeben werden, damit auf dieser Basis die weitere Arbeit aufgebaut werden kann.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Halil Ibrahim Gencer:

Die Interkulturellen Wochen sollten auch genutzt werden um Freundschaften/Partnerschaften zwischen deutschen und ausländischen Familien aufzubauen.

Der Beirat für Migration und Integration stimmt sodann **einstimmig** zu, sich an den Interkulturellen Wochen mit einem Info-Stand zu beteiligen und dort Themen, für die weiteren Arbeiten des Beirates, zu sammeln.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Siegfried Pick:

Herr Pick informiert darüber, dass bezüglich der Interkulturellen Wochen eine Vorbereitungsgruppe besteht. Das nächste Mal wird diese am Dienstag, 18.05.2010, ab 18.00 Uhr in der Stadtverwaltung tagen und von Frau Gigga von der Stadtverwaltung geleitet. Hierzu sei jeder der möchte eingeladen. Er hält es für sinnvoll, wenn jemand von dem Beirat des Kreises teilnehmen würde.

Herr Kunz, Herr Gencer und Frau Kiziltoprak werden an dieser Sitzung teilnehmen.

Weiter seien auch Vereine zu dieser öffentlichen Sitzung eingeladen.

Mitteilung des Herrn Skär, Kreisverwaltung Bad Kreuznach:

Herr Skär schlägt vor, sich bezüglich der Interkulturellen Wochen mit Frau Chòez de Weber in Verbindung zu setzen, da diese sich in den letzten Jahre stark engagiert hat.

TOP 5 Bericht über die Sitzung des Arbeitskreises "Armutbericht" für den Landkreis Bad Kreuznach (Herr Messer)

Das Wort wird an Herrn Messer weitergegeben. Dieser berichtet über die Sitzung des Arbeitskreises „Armutbericht“ vom 15.04.2010.

Nach Aussagen des Herrn Messer haben an der Sitzung Arbeitskreis „Armutbericht“ insgesamt 15 Personen teilgenommen. Im Modell „World Cafe“, als Form des Workshops, wurden in verschiedenen Gruppen Fragen bezüglich Armut bearbeitet.

Folgende Stichpunkte wurden als Ergebnis der 3 Fragen zusammengetragen:

1. Was ist Armut?
 - Altersarmut
 - Seelische Armut
 - Mangelnde Integration
 - Versteckte und verschämte Armut
 - SGB II und SGB XII
 - Alleinerziehende

2. Welche Inhalte sollte der Armutbericht enthalten?
 - Personenkreise nach Altersgruppe
 - Regionale Schwerpunkte
 - Sozialbestattung als Indiz für Armut,
 - Bisherige Entwicklung - zukünftige Entwicklung
 - Lösungsvorschläge
 - Infrastrukturen
 - Gründe der Armut

3. Welches Ziel bzw. welche Ziele sollten erreicht werden?
 - Feststellung der Situation
 - Soziale Brennpunkte benennen
 - Feststellung des Netzwerkpotentials als Hilfe der Selbsthilfe
 - Feststellung des Ist-Zustandes für Verbesserungen

Weiter erläutert er, dass nach EU-Richtlinien das Armutsrisiko bei 60% und die Armutsgrenze bei 40% liege.

Das größte Problem stelle die Altersarmut und der Mangel an sozialen Kompetenzen dar. Die Gruppe der Arbeitslosen, Alleinerziehenden,

Behinderten und Menschen mit Migrationshintergrund seien im besonderen Maße vom Armutsrisiko (60%) betroffen.

Folgende Ziele des Armutsberichts wurden festgehalten:

- Bestandsaufnahme des jetzigen Zustandes und des zukünftigen Bedarfs
- Überprüfung traditioneller Angebote
- Entscheidungsgrundlage für die Politik
- Innovative Konzepte, Feststellung des Netzwerkpotentials
- Benennung sozialer Brennpunkte
- Hilfe der Selbsthilfe

Es wurde in der Sitzung jedoch noch nicht entgültig entschieden, ob ein Armutsbericht gefertigt werden soll.

Eine weitere Sitzung wird am 06.05.2010 stattfinden. Hier wird Herr Messer, als fester Vertreter des Beirates für Migration und Integration, wieder teilnehmen.

TOP 6 Mitarbeit in weiteren Ausschüssen (Ergebnisse der Nachfrage bei der AGARP – Herr Kunz)

Die Vorsitzende übergibt das Wort an Herrn Kunz.

Er erläutert, dass in der letzten Sitzung am 24.03.2010 vom Beirat dargestellt wurde, dass, u. a. durch die Beratungs- und Unterstützungsarbeit in den unterschiedlichen Ausschüssen, die Interessenvertretung der Mitbürger mit Migrationshintergrund wahrgenommen werden könne. Der Wunsch bestehe darin, in möglichst vielen Ausschüssen aktiv mitzuwirken. Herr Reuß habe ihm jedoch mitgeteilt, dass es nicht möglich sei, dass der Beirat eine Vertreterin oder einen Vertreter in die Ausschüsse entsenden kann. Eine Ausnahme stelle allerdings der Jugendhilfeausschuss dar.

Weiter teilt Herr Kunz mit, dass er nun im Auftrag des Beirates mit der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP) und der Kommunal-Akademie Rheinland-Pfalz diesen Themenschwerpunkt mehrfach erörtert habe. Der Geschäftsführer der AGARP, Miguel Vicente, sicherte ihm zu, hier nochmals klärende Gespräche – auch mit dem Leiter der Kommunal-Akademie, Burkhard Höhle, zu führen.

Er sagte zu, den Beirat spätestens in der nächsten Sitzung über den aktuellen Sachstand zu informieren.

Frau Kiziltoprak gibt bekannt, dass sie eine Einladung für die Sitzung des Frauenausschusses am 03.05.2010 erhalten habe.

Mitteilung des Herrn Skär, Kreisverwaltung Bad Kreuznach:

Herr Skär erläutert, dass die Einladung des Frauenausschusses an sie speziell gerichtet wurde, da vom Frauenausschuss gewünscht wurde, dass ein Vertreter in dieser Sitzung den Beirat für Migration und Integration vorstellen solle. Es können jedoch weitere Mitglieder teilnehmen, da es sich um eine öffentliche Sitzung handelt.

Des Weiteren bestätigt er die Aussage des Herrn Reuß, dass es nicht möglich ist, dass der Beirat, außer im Kreisjugendhilfeausschuss, Vertreterinnen oder Vertreter in weitere Ausschüsse entsendet. Es gibt jedoch die Möglichkeit, Vorschläge vorzubringen, mit denen sich der Kreistag beschäftigen soll.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Burkhard Kunz:

Herr Kunz gibt zu bedenken, dass es nicht um Vorschläge oder Beschlüsse an den Kreistag ginge, sondern dass der Beirat zur Unterstützung des Kreistages tätig werden soll.

Mitteilung des Herrn Skär, Kreisverwaltung Bad Kreuznach:

Nach Mitteilung des Herrn Skär ist es gemäß § 49a Abs. 6 Landkreisordnung möglich, dass auf Antrag des Beirates für Migration und Integration der Landrat Angelegenheiten dem Kreistag zur Beratung und Entscheidung vorzulegen hat. Der Vorsitzende des Beirates oder einer seiner Stellvertreter ist berechtigt, bei der Beratung aller Angelegenheiten, die Migration und Integration betreffen, an Sitzungen des Kreistages oder seiner Ausschüsse mit beratender Stimme teilzunehmen. Der Beirat für Migration und Integration soll zu Fragen, die ihm vom Kreistag, einem Ausschuss oder dem Landrat vorgelegt werden, Stellung nehmen.

TOP 7 Verschiedenes

Die Vorsitzende leitet in den Tagesordnungspunkt über.

Sie berichtet, dass sie für den Beirat eine Einladung für Mittwoch, den 23.06.2010 zur Eröffnung der Wanderausstellung über die Geschichte und Integration der Deutschen aus Russland in den großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung erhalten hat.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Siegfried Pick:

Herr Pick gibt bekannt, dass er Herrn Dröscher getroffen hat. Die bisher festgelegten Sitzungstermine liegen unglücklicherweise innerhalb der Sitzungswochen des Landtages. Aus diesem Grund könne Herr Dröscher an den Beiratssitzungen nicht teilnehmen.

Herr Pick bittet darum, den Sitzungstermin von Mittwoch, 26.05.2010 auf Dienstag, 01.06.2010 zu verschieben.

Der Beirat für Migration und Integration stimmt **einstimmig** zu, den nächsten Sitzungstermin auf Dienstag, 01.06.2010, 17.00 Uhr zu verschieben.

Sollten für die Sitzung am 23.06.2010 nicht genügend Tagesordnungspunkte gesammelt werden können, hält sich der Beirat vor, diese kurzfristig abzusagen. An diesem Tag findet ab 18.00 Uhr die Eröffnung der Wanderausstellung statt, die sie gemeinsam besuchen möchten.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Burkhard Kunz:

Herr Kunz schlägt vor, Hilfe bzw. Unterstützung bei der AGARP einzuholen, um die Interkulturellen Wochen professionell vorzubereiten.

Herr Kunz wird sich mit der AGARP diesbezüglich in Verbindung setzen.

Wortmeldung des Beiratsmitgliedes Klaus Messer:

Herr Messer gibt bekannt, dass der Beirat für Migration und Integration der Stadt Bad Kreuznach gerne mit dem Beirat des Landkreises eine gemeinsame Sitzung abhalten möchte. Da der Stadtverwaltung keine ausreichenden Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, sollte diese Sitzung im großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung stattfinden. Ein genauer Termin müsse jedoch noch gefunden werden.

Es wird angeregt, dass interessante bzw. den Beirat betreffende Zeitungsartikel mit den Einladungen bzw. den Niederschriften verschickt werden sollen, um in den Sitzungen darüber zu diskutieren.

Als **Anlage 3** der Niederschrift, werden die Zeitungsartikel „Der große Unterschied“ und „Heidi Klum, übernehmen Sie!“ beigefügt.

Die Vorsitzende schließt um 18.35 Uhr die Sitzung des Beirates für Migration und Integration.

(Imihan Kiziltoprak)

(Schriftführer)